Forum 2021 · 36:189

<https://doi.org/10.1007/s12312-021-00936-x>

Online publiziert: 26. April 2021

© Springer Medizin Verlag GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

Deutsche Krebsgesellschaft e. V.

Berlin

Deutsche Krebsgesellschaft begrüßt geplante Förderungserhöhung der ambulanten Krebsberatung

Berlin, 08.04.2021. Die Bundesregierung plant in einem Gesetzentwurf zum Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) eine Finanzierungserhöhung ambulanter Krebsberatungsstellen durch die gesetzliche Krankenversicherung und die privaten Krankenversicherungsunternehmen. „Für die ambulante Krebsberatung würde dieser Schritt mehr Planungssicherheit für eine psychosoziale Beratung von Krebspatientinnen und -patienten bedeuten“, sagt Dr. Johannes Bruns, Generalsekretär der Deutschen Krebsgesellschaft (DKG), im Vorfeld der öffentlichen Anhörung des GVWG, die am 12. April im Bundestag stattfand. Positiv sei zudem, dass neben der psychologischen auch die sozialrechtliche Beratung gefördert werden soll. „Krebsbetroffene würden so die umfassende Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Wir hoffen nun auf unbürokratische Umsetzung seitens der Kassen.“

Die Krebsberatungsstellen der 16 Landeskrebsgesellschaften sind für Patient*innen ohne bürokratische Hürden erreichbare Anlaufstellen bei psychischen Belastungen und sozialrechtlichen Fragestellungen, wie etwa zur Existenzsicherung und zum Schwerbehindertenrecht. Diese Fragen können im gesamten Verlauf einer Krebserkrankung auftreten.

Mit einer im Januar vergangenen Jahres in Kraft getretenen Gesetzesänderung zur Regelfinanzierung von Krebsberatungsstellen nach § 65e des Fünften Sozialgesetzbuches wurde zunächst eine Teilfinanzierung von 40 % der Kosten für eine psychologische Beratung vereinbart. Kosten für eine umfangreiche psychosozia-

le Beratung, die auch sozialrechtliche Unterstützung ermöglicht, sind momentan nicht gedeckt. Laut dem aktuellen Entwurf zum GVWG sollen die Kassen rückwirkend zum Januar 2021 80 % der Kosten für psychosoziale Beratungen finanzieren. 15 % der Kosten sollen über die Länder gedeckt werden, 5 % der Kosten sollen durch Eigenmittel der Beratungsstellen, etwa durch Spenden, getragen werden.

Die Sicherstellung der ambulanten psychoonkologischen Versorgung und damit auch eine gesicherte Finanzierung ist eines von insgesamt 13 Zielen des Nationalen Krebsplans, den das Bundesgesundheitsministerium gemeinsam mit der DKG, der Deutschen Krebshilfe und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren bereits 2008 initiiert hat. „Umso wichtiger ist es nun, die Finanzierung endlich auf sichere Beine zu stellen“, so Bruns.

Korrespondenzadresse

Dr. Katrin Mugele

Pressestelle der Deutschen Krebsgesellschaft e.V.

Kuno-Fischer-Straße 8, 14057 Berlin, Deutschland

presse@krebsgesellschaft.de**Angelina Gromes**presse@krebsgesellschaft.dewww.krebsgesellschaft.de